

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 33 (1954)
Heft: 6

Buchbesprechung: Erfindungen der Bürokraten

Autor: Jordi, Hugo

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Erfindungen der Bürokraten»

Ein sehr kluger und sehr gelehrter Mann, der Berner Professor Alfred Amonn, veröffentlichte kürzlich in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 608 vom 15. März 1954) eine lange «Kritik der modernen Handels- und Devisenpolitik».

Er beginnt seine Ausführungen wie folgt:

«Es hat einmal eine ‚gute alte Zeit‘ gegeben, in der man nicht nur ohne Paß von einem Lande in die meisten andern reisen konnte, sondern auch Waren aller Art unter Zahlung von relativ recht geringen Zöllen, aber im übrigen vollständig frei von einem Lande in andere befördert werden konnten und in der man nach Belieben sein Geld zu einem fixen Verhältnis in glänzende Goldstücke umtauschen oder damit in beliebiger Menge Geld anderer Länder kaufen konnte, in der man sich nach Belieben irgendwo niederlassen und überall jede beliebige Beschäftigung ausüben konnte usw. Diese Zeit ist mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu Ende gegangen, und Versuche, sie im Jahrzehnt nach der Beendigung des Krieges wieder ins Leben zu rufen, sind mit dem Ausbruch der Krise der dreißiger Jahre kläglich gescheitert. Der Zweite Weltkrieg hat dann sein übriges noch getan, um ihre Wiederherstellung fast hoffnungslos zu machen.»

Nach diesem Loblied auf die «gute alte Zeit» fährt Amonn wie folgt fort:

«Es ist kaum glaublich, welche Fülle von Maßnahmen die *Bürokratie* zur Erschwerung des Außenhandels und zur Verhinderung der Erzielung eines Gleichgewichtes auf diesem Sektor der Wirtschaft *erfunden* hat.»

Prof. Amonn sieht «die ganze Wirtschaftstätigkeit *in Fesseln geschlagen*».

Dieser Auffassung, daß die Wirtschaft in Fesseln geschlagen und daß die Schuld daran der «staatlichen Bürokratie» zuzuschreiben sei, begegnet man heute auf Schritt und Tritt. In hundert und aber hundert Büchern, Zeitungsblättern und Blättchen wird sie breitgetreten.

Prof. Amonn bezieht sich im einzelnen auf das kürzlich erschienene Buch von H. Rittershausen, «Internationale Handels- und Devisenpolitik». Auf Grund der Angaben dieses Autors erscheinen die Dinge so, als ob die neuzeitliche Handels- und Devisenpolitik nichts weiter sei als eine fortlaufende Kette von Abirrungen von der einzig richtigen liberalen Politik.

Bei solcher Darstellung stellt sich indessen sofort die Frage: Wie kommen die «Bürokraten», die hohen und niedern Staatsmänner aller westlichen Länder dazu, sich in solch tragischer Weise zu verirren?

Ist es einfach Dummheit? Warum aber werden plötzlich alle Politiker zu Idioten? Ist es Bosheit? Wo aber ist deren Ursprung zu suchen? Oder sind es irgendwelche andere geheimnisvolle Gründe, welche die staatliche Bürokratie plötzlich machthungrig, ränkesüchtig, erfindungsreich gemacht haben,

so daß sie sich überall ungebeten und unerwünscht in die Wirtschaft einmischt?

Ferner aber: die Bürokraten stehen doch unter der Botmäßigkeit der Regierungen und die Regierungen unter jener der Parlamente. Muß man die Parlamentarier ohne Unterschied der Partei auch zu den machthungrigen Bürokraten zählen? Aber die Parlamentsabgeordneten werden letzten Endes vom Volke gewählt. In der Schweiz kommt dazu, daß das Volk selbst immer wieder zu Abstimmungen, zur selbständigen Entscheidung über Sachfragen aufgerufen wird. Ist also das Volk selbst verrückt geworden und macht oder läßt geschehen das Gegenteil von dem, was ihm zuträglich ist?

Solche und ähnliche banale Fragen tauchen unwillkürlich auf, wenn man so tut wie unsere Liberalen, wenn man die Dinge so darstellt, als ob die Eingriffe der Staatsorgane in die Handels- und Devisenpolitik und in die Wirtschaft überhaupt nichts anderes seien als *böswillige Erfindungen der Bürokratie*.

Weitere vorerst rätselhaft bleibende Widersprüche zeigen sich in den Darlegungen von Prof. Amonn insofern, als er vom Ersten Weltkrieg, der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre und vom Zweiten Weltkrieg als von Veranlassungen zum staatlichen Eingriff in die Wirtschaft spricht — um dann im nächsten Atemzug all diese Eingriffe als «Erfindungen der Bürokraten» abzutun.

Eins von beiden. Entweder haben die Ereignisse und Notwendigkeiten der beiden Weltkriege und der großen Wirtschaftskrise den Staat gezwungen, in Handels- und Devisenpolitik zu machen — dann hat man kein Recht, von «Erfindungen der Bürokraten» zu reden. Oder wenn es sich bei den staatlichen Maßnahmen wirklich nur um böswillige «Erfindungen» machthungriger Bürokraten handelt — wozu dann die Berufung auf die beiden Weltkriege und die Krise?

Es ist offenbar völlig falsch, den Staatsinterventionismus — oder genauer gesagt die bürgerliche Spezies der Planwirtschaft — einfach auf Verirrungen der Staatsmänner oder gar auf Erfindungen der Bürokraten zurückzuführen. Die Staatsmänner haben sich nicht verirrt, sie sind nicht einfach plötzlich blind geworden für die «wahren Prinzipien des Liberalismus». Um die bürgerliche Art der Planwirtschaft loszuwerden, genügt es nicht, an die «gute alte Zeit» zu erinnern und die «idyllischen Zustände» der Zeit vor 1914 herbeizuwünschen. Die Staatsmänner bauen den Wirtschaftsliberalismus nicht mutwillig ab. Sie tun es vielmehr sehr widerwillig und nur weil es einfach nicht anders geht, wenn die bürgerliche Herrlichkeit nicht rasch auf einen Haufen fallen soll.

Wenn Prof. Amonn davon spricht, «die Bürokratie» habe «zur Erschwerung des Außenhandels und zur Verhinderung der Erzielung eines Gleich-

gewichtetes» eine Fülle von Maßnahmen erfunden, dann muß man doch fragen, welches Interesse «die Bürokratie» wohl daran haben kann, solche *Erschwerung* und solche *Verhinderung* zu erreichen?

Es bleibt vollkommen rätselhaft, wo die Veranlassung zu den Maßnahmen liegt.

In Wahrheit handelt es sich um Maßnahmen nicht der Bürokratie, sondern der Regierungen, der Parlamente, der Völker. Und sie alle hatten lebenswichtige Interessen im Spiele, als sie die kritisierten Maßnahmen trafen.

Auf Grund der Angaben im Buche Rittershausens erscheinen die Dinge so, als ob die Fixierung falscher (manipulierter) Devisenkurse schuld wäre an den Schwierigkeiten der nationalen Wirtschaften und des Weltmarktes. Wieso aber alle Länder der Welt jahrzehntelang auf der Fixierung falscher Devisenkurse bestehen und nicht mehr davon wegkommen, dafür werden keine überzeugenden Gründe angeführt. In Wahrheit hatten die «falschen Devisenkurse» ihren ersten Ursprung im Ausbruch des Weltkrieges 1914, in den ungeheuren Finanzbedürfnissen der Staaten und dem anhaltenden Umlauf der Notendruckpressen, in dem Übermaß an Papiergeld und den ungünstigen Zahlungsbilanzen.

Rittershausen reibt sich im besondern an der *Kontingentspolitik*.

«Das Prinzip des grundsätzlichen Wegfalls aller Kontingente» sei zwar «ausgesprochen, aber mit so vielen Ausnahmen versehen, daß das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) zusammen mit der nicht in Kraft getretenen Havanna-Charta geradezu als ein meisterliches Lehrbuch der Kontingentspolitik betrachtet werden» könne.

Es ist leicht, in der Kontingentspolitik der verschiedenen Länder Mängel zu entdecken. Aber es geht nicht an, sie einfach als «Erfindungen der Bürokraten» abzutun. Ohne Zweifel erschweren die Kontingente den internationalen Handel. Aber es stehen hinter ihnen allzuoft lebenswichtige Interessen bedeutender Wirtschaftsgruppen. Wie schwer das wiegt, läßt sich am Beispiel der um die oben erwähnte Havanna-Charta gepflogenen internationalen Beratungen zeigen. Hören wir, was Minister Dr. W. Stucki darüber berichtete an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, am 29. Mai 1948 in Brunnen:

«Wenn der Bundesrat die Einladung zur Konferenz von Havanna (November 1947) annahm, so wollte er dadurch das große Interesse der Schweiz an einer wirklichen Sanierung des Welthandels bekunden und alle Empfindlichkeiten zurückstellen. Die von ihm konsultierten Spitzenverbände der Wirtschaft waren einmütig der Auffassung, daß der Genfer Entwurf (Genfer Konferenz zur Vorbereitung der Arbeiten in Havanna) ohne wesentliche Änderungen für die Schweiz *unannehmbar* sei. Unannehmbar zunächst für die für das Inland arbeitende Produktion, vor allem für die Landwirtschaft. Diese hätte auf alle besondern Schutzmaßnahmen,

wie Einfuhrbeschränkungen, Abnahmepflicht, Ausgleichskassen, Politik von Getreide- und Alkoholverwaltung usw., verzichten müssen. Als Schutz wäre nur geblieben der alte Zolltarif von 1921, dessen spezifische Ansätze infolge der gewaltigen Preisverteuerung mehr als die Hälfte des bei Erlaß des Tarifes gewollten Schutzeffektes verloren haben. Wenn man bedenkt, wie außerordentlich groß das Interesse aller andern Staaten ist, den Export namentlich nach jenen wenigen Ländern zu forcieren, die ohne Zahlungsbeschränkung in konvertibler Währung zahlen, so hätte eine Überschwemmung des schweizerischen Marktes erfolgen müssen, die unsere Inlandsproduktion auf das schwerste und in durchaus unerträglicher Weise getroffen hätte. Einen solchen Zustand durch die schweizerische Unterschrift herbeiführen zu helfen, wäre um so weniger zu verantworten gewesen, als das Schweizervolk seiner Landwirtschaft aus den Kriegszeiten zu Dank verpflichtet ist.

Aber auch vom Standpunkt der Exportindustrie aus wären die Folgen einer unveränderten Annahme des Genfer Entwurfes kaum weniger schlimm gewesen: Sozusagen alle Abnehmerstaaten hätten das Recht, die Einfuhr aus der Schweiz in doppelter Hinsicht einzuschränken oder zu verbieten, einmal weil es sich um nicht unbedingt notwendige Waren, um ‚non essentials‘, handle, und sodann, weil die Bezahlung in knappen Währungen, in Schweizer Franken oder in Dollars, gefördert würde. Ja, noch mehr: Der Genfer Entwurf, wie übrigens auch der definitive Entwurf von Havanna, sahen ausdrücklich vor, daß Länder wie wir direkt und in brutalster Weise hätten diskriminiert werden können. Und allen diesen Maßnahmen gegenüber wären wir wehrlos gewesen infolge der eingegangenen Verpflichtung, der Einfuhr fremder Waren keine Schwierigkeiten zu machen. Unsere jahrzehntelange Politik, die Einfuhr in den Dienst der Ausfuhr zu stellen, sie mit Bezug auf diejenigen Länder zu begünstigen, die auch von uns Waren abnehmen und sie bezahlen, hätte ein jähes Ende gefunden. Ohne jede Waffe wären wir schutzlos den Maßnahmen der andern ausgesetzt gewesen, ja wir hätten sie durch unsere Unterschrift noch legalisiert.» Soweit Minister Stucki.

Wenn aber die vom Kriege verschonte, durch den Krieg teilweise begünstigte Schweiz die Abkommen zur Erleichterung des internationalen Handels- und Devisenverkehrs ablehnte — was sollte man dann erwarten von den andern Staaten, die zum größten Teil in einer unvergleichlich schlimmeren Zwangslage steckten?

Prof. Amonn schreibt schließlich über die Schrift von Rittershausen:

«Das *Leitmotiv* des ganzen Buches ist, daß der Urgrund aller Schwierigkeiten auf dem Felde der internationalen Wirtschaftsbeziehungen die ‚*falschen Devisenkurse*‘ sind, und daß, solange man sich vom falschen Kurs nicht trennen kann, die Bemühungen um die Senkung der Handelsschranken wahrscheinlich vergeblich sein werden.»

Es ist eine offenbare Illusion zu glauben, die idyllischen Verhältnisse der «guten alten Zeit» vor 1914 würden alsbald wiederkehren, wenn die «Bürokraten» sich dazu entschließen könnten, richtige (unmanipulierte) Devisenkurse einzuführen. Das heißt denn doch, die Übel der Welt, die Ursachen von Krisen und Kriegen, auf einen allzu einfachen Nenner bringen.

Waren übrigens in der «guten alten Zeit», da es noch keine ränkesüchtigen Bürokraten gab und sich noch niemand darauf verlegte, die Devisenkurse systematisch zu manipulieren und zu verfälschen — waren da die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse den heutigen Zuständen wirklich so himmelhoch überlegen?

Bewahre! Die soziale Frage war genau so brennend, die sozialen Zustände waren schauderhaft. Und der Krieg von 1914 bis 1918? Hatte er seine Wurzeln nicht just in der «guten alten Zeit» vor 1914?

Nein, was wir brauchen, das ist nicht eine Rückkehr zum «Modell des 19. Jahrhunderts», von dem Rittershausen schwärmt und welches Amonn erwähnt, nicht eine Rückkehr zum klassischen Liberalismus. Es sind die *Mängel des Liberalismus*, gegen welche die «bösen Bürokraten» die Völker zu schützen suchen. Daß sie dabei selten oder nie über die bürgerliche Art von Planwirtschaft hinauskommen, das heißt über eine Planwirtschaft, welche vor den bürgerlich-kapitalistischen Eigentumsverhältnissen immer wieder haltmacht und dadurch zur Halbbatzigkeit verurteilt ist und stets von neuem auf Widersprüche stößt, das ist nicht die Schuld der «Bürokraten», sondern der tonangebenden besitzenden Schichten.

Wie sehr unsere Professoren bis über den Scheitel in den Vorurteilen des Wirtschaftsliberalismus stecken, zeigen sie mit jeder Zeile ihrer Darlegungen. Prof. Amonn erwähnt, anschließend an das letzte Zitat, aus der Schrift von Rittershausen:

«Die Entwicklung eines freien internationalen Kapitalmarktes, durch welche voraussichtlich erst *wahrer Frieden* und *echter Wohlstand* der Völkergemeinschaft auf eine längere Dauer möglich werden würden, ist offenbar erst möglich *nach* der Herstellung richtiger Kurse und Preise.»

«Das System der heutigen Außenhandelspolitik stellt den Gipfelpunkt der Unwirtschaftlichkeit dar und könnte als die *geheime kommunistische Atombombe* angesprochen werden, die man in unsere Reihen eingeschmuggelt hat, um unsere Wirtschaft zu lähmen.» (Rittershausen, S. 227.)

«Dem stellen wir das Freihandelsargument gegenüber.» (Rittershausen, S. 227.)

Es lohnt sich nicht und würde hier auch zu weit führen, im einzelnen nachzuprüfen, ob die «manipulierten Devisenkurse» während Jahrzehnten und in allen Ländern wirklich so schlecht manipuliert worden sind, wie Rittershausen behauptet.

In dem Rufe Rittershausens nach Rückkehr zum einstigen Freihandel wie in dem Heimweh Amonns nach der «guten alten Zeit» äußert sich der Widerwille der Liberalen gegen die regelnde Hand des Staates. Ihr Kreuzzug gegen die «Erfindungen der Bürokraten» ist Ausdruck des Begehrens der Privilegierten des Besitzes, mit ihrem Pfunde ungehindert wuchern zu können.

Dabei ist es sehr bezeichnend, daß ihre Gegnerschaft dem Staate kurzweg, der «Bürokratie» allgemein gilt und daß sie nicht den geringsten Unterschied machen zwischen dem Staate der Demokratie und jenem des Absolutismus, des Faschismus usw. Ein demokratischer Staat, in welchem die Lohnverdiener und Gehaltsempfänger, die Werktätigen überhaupt, zu einem bedeutenden Verständnis ihrer sozialen Lage gelangt sind und ihre demokratischen Rechte bei Wahlen und Abstimmungen, im Aufbau von Organisationen usw. auswerten zum Kampfe um gesetzlichen Arbeiterschutz, um Sozialversicherung, soziale Fürsorge, Preiskontrolle, sozialen Wohnungsbau und dergleichen mehr — ein solcher demokratischer Staat ist den Privilegierten des Besitzes ein schreckliches Ärgernis. Seit der Zeit, da der Faschismus seinen Nationalismus, seine Kriege und ungeheuerlichen Verwüstungen über die Welt gebracht hat, ist zwar auch den oberen Zehntausend die Lust so ziemlich allgemein vergangen — so hoffen wir wenigstens —, zu den schönen Auskunftsmitteln Benitos und Adolfs zurückzugreifen. Aber jedenfalls liegt ihnen daran, die Macht des Staates aus dem Bereich der Wirtschaft fernzuhalten. Um dieser Fernhaltung willen werden sie nicht müde, von den «Erfindungen der Bürokraten» zu reden und von der «guten alten Zeit» zu schwärmen.

So wie die Herren Liberalen mit keinem Worte reden von den völlig verschiedenen Merkmalen, durch welche die «Bürokraten» im demokratischen Staate einerseits und dem faschistischen Staate anderseits gekennzeichnet werden — so machen sie auch keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Planwirtschaft.

Aber das von ihnen zu erwarten, das ist zuviel verlangt.

THEO ZAJFERT

Die Wirklichkeit ist anders

Die «Rote Revue» bringt in Heft 4/5, 1954, einen Beitrag von Dr. Natalie Moszkowska, der zum Widerspruch geradezu reizt. Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Konzentrationstheorie von Marx, die bekanntlich «einen wichtigen Bestandteil des Marxschen Lehrgebäudes bildet». Das ist unbestritten; unbestritten ist auch, daß Marx im Rahmen des ihm zur Verfügung stehenden wirtschaftsgeschichtlichen Tatsachenmaterials die Entwicklung in